



12 CHANCEN FÜR ÖSTERREICH

Das MEHR GRIPS Chancenpapier

Juni 2025

Zu Beginn

MEHR GRIPS ist eine überparteiliche Initiative von Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen mit dem Ziel, Impulse für eine gute Politik zu geben.

Wir konzentrieren uns auf wichtige Zukunftsfragen und versuchen aus bewusst unterschiedlichen Perspektiven in einem konstruktiven Diskurs gemeinsame Ideen und Lösungsansätze zu erarbeiten.

MEHR GRIPS hat bisher die folgenden Themenpapiere veröffentlicht:

- Ökologische Transformation
- Bildung
- Digitale Transformation
- Soziale Stabilität in der Gesellschaft
- Wettbewerbsfähigkeit

Wir sind finanziell unabhängig und finanzieren unsere Aktivitäten ausschließlich aus privaten Spenden.

Nähere Informationen zu unserer Initiative finden Sie unter www.mehrgrips.at



Abb.1: Fotocollage
(c) Katharina Schiffel, (c) Kurt Guwak





12 Chancen für Österreich

„Verschwende niemals eine Krise...“

Österreich ist in einer schwierigen Situation: die Staatsfinanzen, die Wirtschaft, die Gesellschaft – wir sind in vielen Bereichen herausgefordert. Es ist „Krise“ – in vielen Aspekten in und auch um Österreich herum.

Wir werden also die Ärmel hochkrempeln müssen. Aber wir sollten auch die Chancen sehen, die in der Krise liegen. Die Krise macht das Tor auf zu Lösungen, die bisher nicht möglich waren. Unter dem Druck der Probleme verflüssigen sich manche festgefahrenen Positionen, Blockaden werden brüchig, Tabus werden besprechbar, der Handlungsdruck steigt.

Das müssen wir unbedingt nutzen. Denn in den letzten Jahren und Jahrzehnten haben sich eine Reihe von „dicken Brettern“ angesammelt, von denen wir wissen, dass sie letztlich nicht optimal und nicht zukunftsfähig sind. Aber es war nicht möglich sie anzugehen, die gegenseitigen Blockaden waren zu groß.

Wir sind überzeugt: jetzt ist die Chance da. Deshalb legen wir dieses „Chancenpapier“ vor. Eine Zusammenstellung von Vorschlägen, quer über viele Themenbereiche, die wir den Parteien und speziell der Regierung ans Herz legen.

Wir schlagen Dinge vor, von denen wir überzeugt sind, dass sie Österreich weiterbringen. Dass sie mithelfen, eine gute Basis für eine gute Zukunft zu schaffen.

Wir kennen die Situation der Staatsfinanzen. Deshalb konzentrieren wir uns auf Vorschläge, die keine wesentlichen finanziellen Mittel erfordern oder sogar Einsparungen ermöglichen. Sie brauchen kein Geld – aber sie brauchen Entschlossenheit und Mut.

Echte Schulautonomie

Schulleitungen werden für ihre Schulen personell und budgetär verantwortlich. Qualifizierung der Leitungspersonen und Entrümpelung des Dienstrechts erfolgen parallel.

Die Probleme in den österreichischen Schulen sind sehr unterschiedlich je nach Schultyp, nach Einzugsgebiet, nach Schulstufe. Ebenso unterschiedlich sind die Chancen und Potenziale, die eine konkrete Schule in ihrer spezifischen Situation nutzen könnte, um ihre Probleme in den Griff zu bekommen. Das alles spricht dafür dem verantwortlichen Führungsteam einer Schule mehr Freiheit und mehr Autonomie zu geben. Das braucht einen gut geplanten Weg und begleitende Maßnahmen, die helfen die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Ein großer Vorteil: es gibt zahlreiche Beispiele, national und international, was sich auf diesem Weg bewährt. Wir brauchen nichts erfinden, wir müssen nur von den Besten lernen und klug adaptieren. Eine Task Force mit internationaler Beteiligung könnte diesen Plan bis Jahresende vorlegen.

Entflechtung des Kompetenzgestrüpps im Bildungsbereich

Durchgängige Bundeskompetenz von der Elementarbildung bis zur Sekundarstufe. Schaffen von eindeutigen Verantwortlichkeiten, beseitigen von Doppelstrukturen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Bildung ist – ebenso wie z.B. „Gesundheit“ – einer der Bereiche, wo Fortschritte schwierig sind, weil die Verantwortlichkeiten stark verteilt und vielschichtig sind. Bund, Länder und Gemeinden – die beiden letzteren auch noch mit teilweise unterschiedlichen Regelungen je nach Bundesland – schaffen eine komplexe strukturelle Gemengelage, die konsequente Reformen und Entwicklungsschritte extrem erschwert. Es braucht im Bildungsbereich klare und durchgängige Verantwortlichkeiten.

Intensivcamp bei Förderbedarf nach Pflichtschulabschluss

Jugendliche, die nach Abschluss der Schulpflicht nicht über die notwendigen Grundfertigkeiten für eine Berufstätigkeit verfügen, werden nicht weiter „beschult“, sondern kommen in ein mehrmonatiges Intensivcamp. In mehrwöchigen Intensiveinheiten werden sie von Spezialistinnen und Spezialisten außerhalb der traditionellen, klassischen Unterrichtsformen trainiert. Zwischen diesen Blöcken gibt es „Schnupperphasen“ in einer möglichen beruflichen Praxis.

Jugendliche, die nach 9 Schuljahren die fundamentalen Bildungsziele nicht erreicht haben, werden sie in aller Regel nach 10 oder 11 Jahren auch nicht erreichen. Es braucht dann ganz andere pädagogische Zugänge. Mehr Struktur, höhere Intensität und stärkere Betonung der praktischen beruflichen Relevanz. Ein „Intensivcamp“ würde durch solche anderen Zugänge die Chancen auf Bildungsfortschritt erhöhen und damit ein Fundament für eine sinnvolle „Bildungspflicht“ schaffen. Wenn man es gut durchdacht realisiert, ist der Ansatz am Ende sogar kostengünstiger als eine simple Verlängerung der Schulpflicht.

Neben dem großen sozialpolitischen Nutzen würde diese Maßnahme auch einen Beitrag zur Linderung des Arbeitskräftemangels leisten, der in den nächsten Jahren zu einem entscheidenden Engpass werden wird.

Verpflichtender Sozialdienst für alle in Österreich lebenden Menschen zwischen 18 und 25 Jahren

Ein verpflichtender Sozialdienst im Umfang von 9 Monaten für alle jungen Menschen, die in Österreich leben. Also für Staatsbürger und Staatsbürgerinnen und für Menschen mit unbefristeter Aufenthaltsgenehmigung. Der Dienst kann als Wehrdienst (nur mit Staatsbürgerschaft) oder Zivildienst abgeleistet werden. Die Einsatzmöglichkeiten für Zivildienstlerinnen und Zivildienstler sind entsprechend auszuweiten.

Diesen Vorschlag hat „Mehr Grips“ vor einem Jahr – im Juni 2024 – im Thesenpapier zur „Sozialen Stabilität in der Gesellschaft“ bereits vorgelegt. Er hat damals schon intensive Diskussionen ausgelöst, zu unserer eigenen Überraschung mit überwiegend positiven Argumenten. Seither ist der Vorschlag in der Politik immer wieder aufgetaucht und auch wieder abgeschmettert worden.

Wir halten ihn nach wie vor für relevant und diskussionswürdig. Und zwar aus den gleichen Gründen, aus denen wir ihn 2024 bereits vorgelegt haben: ein Kernproblem unserer Gesellschaft, auf dem viele Folgeprobleme beruhen, ist die zunehmende Fragmentierung. Gesellschaftliche Gruppen grenzen sich immer stärker ab, verschwinden in Echokammern und Blasen. Das gilt besonders im Bereich der Integration, aber nicht nur dort.

Ein Grund dafür ist, dass die Begegnungsräume in denen unterschiedliche Gruppen konstruktiv, etwa in der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben, miteinander in Kontakt kommen immer weniger werden. Das gilt für die reale Welt und noch mehr für die virtuelle.

Der verpflichtende Sozialdienst schafft so einen übergreifenden Begegnungsraum. Wenn er darüber hinaus positive Aspekte am Arbeitsmarkt hat und hilft Personalengpässe für wichtige gesellschaftliche Aufgaben zu entschärfen, weil junge Menschen z.B. mit sozialen Aufgaben in Kontakt kommen, so sehen wir darin positive Nebeneffekte.

Reform der Sozialhilfe und der Familienleistungen

Neuordnung von Familienbeihilfe, Familienbonus, Kinderabsetzbetrag, Kindersätzen in ALU und Sozialhilfe und Mehrkindzuschlag mit dem Ziel eines gesamthaften, abgestimmten und wirksamen Systems zur Eindämmung von Kinderarmut.

Österreich verfügt in Summe über eine gut ausgebaute Kinder- und Familienförderung. Allerdings ist dieses System über viele Jahrzehnte stückweise entstanden und punktuell verändert worden und bildet heute ein kompliziertes „patchwork“ von sehr unterschiedlichen Mechanismen und Wirkungsweisen. Die Folgen sind Lücken, aber auch Bereiche, die man hinterfragen sollte.

Eine übersichtliche Neuordnung mit dem gesamthaften Ziel der wirksamen Eindämmung bzw. Verhinderung von Kinderarmut ist sozialpolitisch wünschenswert und sollte weitgehend aufkommensneutral möglich sein. Mittel – und längerfristig ist eine weitgehende Finanzierung dieser Leistungen aus dem allgemeinen Steueraufkommen und eine Entlastung der Lohnnebenkosten anzustreben.

Eine ähnliche Vorgangsweise einer systematischen Neuordnung hätte auch im Pflege- und Gesundheitsbereich großes Potenzial.

Einheitliches österreichisches Adressregister & Webservices

Zusammenführung der derzeit fragmentierten Adressregister in ein zentrales, qualitätsgesichertes, österreichweites Register unter der Verantwortung der Statistik Austria. Die fachliche Zuständigkeit sollte klar gebündelt werden – insbesondere beim AGWR (Adress-, Gebäude- und Wohnungsregisterdatenblatt) zwischen Statistik Austria und dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen – und nicht länger auf zwei Stellen verteilt bleiben.

Zentral ist auch ein leistungsfähiger, frei zugänglicher Adress-Webservice, der Massenzugriffe erlaubt und den flächendeckenden Einsatz in Verwaltung, Forschung und Planung ermöglicht.

Das einheitliche Register verbessert die Datenqualität, senkt Verwaltungskosten, schafft mehr Rechtssicherheit und ermöglicht treffsicherere Fördermaßnahmen. Ein konkretes Beispiel dafür, wie Digitalisierung Verwaltungsaufwand reduziert, die Datenqualität erhöht, Redundanzen vermeidet und zugleich Rechtssicherheit sowie eine fundierte Basis für Forschung und gezielte Fördermaßnahmen schafft.

Ökologisierung klimaschädlicher Subventionen

Schrittweise Reduktion bzw. Ausstieg aus Dienstwagenprivileg, Dieselprivileg und Pendlerpauschale. Klare Ausstiegsszenarien und Planungshorizonte schaffen. Umsetzungsschritte einleiten.

Allen verantwortungsbewussten Politikerinnen und Politikern ist klar, dass es eine Leitlinie der Politik sein muss klimafreundliches Verhalten zu fördern und klimaschädliches Verhalten zu belasten. Heute passiert teilweise noch das Gegenteil.

Wir meinen es ist notwendig das zu ändern. Und - ähnlich wie beim Pensionssystem – macht es Sinn die Weichen frühzeitig und mit längerfristiger Perspektive zu stellen, damit sich Menschen auf diese Veränderungen einstellen und sie bei künftigen Entscheidungen berücksichtigen können.

Öffentliche Beschaffung offensiv als Instrument nutzen

Die öffentliche Hand stellt mit einem Beschaffungsvolumen von rund 70 Milliarden Euro einen gewaltigen Hebel dar. Es geht darum intelligente Richtlinien und Grundsätze in der öffentlichen Beschaffung zu implementieren, die österreichischen Unternehmen, besonders innovativen und nachhaltigen Anbietern, gute Chancen ermöglichen und damit die Wirtschaftsdynamik zu stärken.

Mit dem „Bestbieterprinzip“ ist eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Damit sie auch breitflächig wirkt braucht es „prüffeste“ Kriterien, die z.B. gemeinsam mit dem Rechnungshof erstellt werden und die eine fundierte qualitative Bewertung durch die Beschaffer erlauben. Dazu gehört auch die konsequente Berücksichtigung der „Total Cost of Ownership“ in der Bewertung. Mittelfristig ist eine RH-Prüfung, die eine Aussage über die ausreichende und angemessene Berücksichtigung innovativer und nachhaltiger Aspekte trifft, zu empfehlen.

Leitprojekt zur besseren Nutzung der Energienetze

Verbesserte Nutzung der Energienetze durch intelligente Netzentlastung durch die Industrie, Datenaustausch zwischen Unternehmen und EVUs, Abschaffen der doppelten Nutzungsgebühr für Großspeicher, Abbau der Hürden für Eigenenergieerzeugung und Projektinitiierung durch die öffentliche Hand. Insgesamt werden dadurch die Lastspitzen der Netze für den notwendigen weiteren Ausbau erneuerbarer Energiequellen reduziert und damit Netzkosten gesenkt.

Der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien ist ein Schlüsselfaktor zur Erreichung der Klimaziele aber auch zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie durch konkurrenzfähige Strompreise. In der gewünschten Ausweitung des Anteiles elektrischer Energie am gesamten Energiemix zeigt sich der Ausbau der Netzinfrastruktur immer deutlicher als kritischer Engpass. Wir müssen hier klug planen, gezielt investieren, Genehmigungsverfahren effizient gestalten und den Ausbau optimal koordinieren. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden wir damit den Engpass mildern, aber nicht beseitigen können.

Parallel brauchen wir zusätzlich eine wirkungsvolle Strategie, wie wir die vorhandenen Netzkapazitäten optimal nutzen. Ansätze dazu sind einerseits der notwendige Ausbau von Speicherkapazitäten und andererseits eine intelligente Netznutzung durch Großverbraucher, etwa in der Industrie. Anreize für die netzdienliche Speicherung und netzdienliches Verbrauchsverhalten sind ein zentraler Schlüssel in der Energiewende. Digitalisierung und KI geben uns hier zunehmend Mittel in die Hand durch intelligente Steuerung Belastungsspitzen im Netz zu vermeiden. Dadurch steigt die Chance, dass der notwendige Netzausbau mit dem steigenden Bedarf einigermaßen mithalten kann.

Nationale Initiative zum Bürokratieabbau

Etablierung eines innovativen Prozesses zum Bürokratieabbau unter breiter Beteiligung aber mit jeweils klarem Fokus. Es werden Themenbereiche definiert (Schulverwaltung, Baurecht etc.) die nacheinander systematisch nach bürokratischen Verbesserungen „abgesucht“ werden. Dazu wird eine Datenplattform bereitgestellt, in die Vorschläge zum Bürokratieabbau vor allem von einer informierten Öffentlichkeit in einer strukturierten Form eingebracht werden können. Zur Optimierung der Umsetzungswahrscheinlichkeit werden kompetente „Scoutingteams“ gebildet, die Vorschläge aus diesem Ideenpool aufgreifen und entscheidungs- und umsetzungsreif machen.

Der Abbau von Bürokratie ist ein anspruchsvolles Vorhaben, dem man sich mit sehr unterschiedlichen Strategien nähern kann. Da gibt es komplexe, aufwendige Analysen oder breite Abstimmungsprozesse mit unzähligen Beteiligten. Die Ergebnisse waren bisher häufig gut, der Erfolg in der Umsetzung aber überschaubar. Es gibt aber auch die „low hanging fruits“. Verbesserungen, die einzeln für sich nicht unbedingt den großen Wurf darstellen, aber in Summe durchaus einen Effekt haben. Die Ideen für diese Verbesserungen sind meist breit gestreut und kommen vor allem von Personen, die als Verantwortliche oder Kunden von diesen Prozessen selbst betroffen sind.

Diese Vorschläge wollen wir einsammeln, einfach und niedrigschwellig aber fokussiert und systematisch. Die Herausforderung bei diesen praxisnahen Ideen ist einerseits die Idee, aber vor allem, dass sich jemand dieser Idee kompetent annimmt und sie umsetzt. Die Umsetzung ist das „make or break“ der Innovation.

Auf diesen Grundüberlegungen baut unser Vorschlag auf. Ein offener und fokussierter „Ideenpool“ und kompetente „Scoutingteams“, die in diesem Pool nach Ideen suchen, für die sie Umsetzungsverantwortung übernehmen. Wir denken „Innovation“ von der Umsetzung her. Die Details des Prozesses können innerhalb von wenigen Monaten als beschlussreifes Konzept vorgelegt werden.

Aufbau eines staatlichen österreichischen „Zukunftsfonds“

Aufbau eines staatlichen Investitionsfonds um den Zugang zu Wagniskapital für Start-ups und Scale-ups zu verbessern und damit zukunftsorientierte Wirtschaftsbereiche und innovative Geschäftsmodelle zu fördern. Der Staat sollte primär über Anreize und Garantien private Investoren für dieses Instrument gewinnen – z.B. Kapitalgarantien für Kleinanleger und steuerliche Anreize für institutionelle Investoren.

Die noch zu wenig ausgebaute Kapitalmarktunion ist eine der großen strukturellen Schwächen Europas im Wettbewerb mit den USA und China. Diese Schwäche trifft eine kleine Volkswirtschaft wie Österreich, die traditionell stark über den Bankensektor finanziert ist besonders. Wir schaffen zwar eine gewisse Finanzierungsleistung im Start up Bereich, aber spätestens, wenn das Unternehmen deutlich in schnelles Wachstum kommt, es also um Scale up geht, ist der Zugang zu Risikokapital in Österreich schwierig. Der Verkauf oder die Übersiedlung ins Ausland sind dann oft die Konsequenz.

Ein klug gebauter und gut gemanagter Zukunftsfond könnte hier einen entscheidenden Hebel für den Aufbau neuer, zukunftsorientierter Unternehmen und Geschäftsmodelle bilden.

Projekt zur langfristigen Absicherung des Pensionssystems

Expertenprojekt mit klarem Arbeitsauftrag und konkreter Zeitvorgabe (6 Monate) zur Erarbeitung eines Konzeptes zur langfristigen Absicherung des Pensionssystems im Rahmen vernünftiger Budgetmittel.

Alle Prognosen zeigen, dass die Finanzierung des Pensionssystems in unserer alternden Gesellschaft mittel- und langfristig eine absolut kritische Schlüsselaufgabe sein wird. Dies umso mehr, als die „demografische Bombe“ auch in anderen kostenintensiven Bereichen wie Gesundheit und Pflege zu erheblichen Mehraufwendungen führen wird.

Die Regierung hat erste Schritte im Pensionssystem gesetzt, das ist hilfreich, aber bei weitem nicht ausreichend. Insbesondere wenn man den gerechtfertigten „Erwartungsschutz“ der Betroffenen mitberücksichtigt, müssen jetzt rasch Weichen gestellt werden, die in fünf oder zehn Jahren jene Wirkung entfalten, auf die wir dann angewiesen sein werden.

Dabei geht es nicht nur um eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsalters. Wir brauchen mehr Anreize länger im Beruf zu bleiben, wir brauchen flexiblere und individuellere Modelle des Übergangs aus dem Erwerbsleben und wir brauchen Maßnahmen, die das Vertrauen, gerade der jüngeren Generationen in eine solide staatliche Altersvorsorge stärken.

Und all das brauchen wir rasch. Und die Chance dazu besteht genau jetzt.



Und noch ein „Metathema“

Über die diversen wichtigen inhaltlichen Maßnahmen hinaus, gibt uns die Krise die Chance noch etwas viel Grundsätzlicheres zu lernen: wir können lernen unsere Fähigkeiten zur offenen, konstruktiven Diskussion und zur Kooperation wieder zu verbessern. Einen Karren, der feststeckt, bekommt man nur gemeinsam wieder flott.

Das gilt generell für uns als Gesellschaft und für die politischen Parteien besonders. Der wertschätzende Umgang mit unterschiedlichen Perspektiven, die Bereitschaft Kompromisse zu suchen und die Fähigkeit zu lernen und neu zu denken, das sind grundlegende kulturelle Fähigkeiten, die wir in einer komplexen, dynamischen und herausfordernden Welt stärken müssen. Jetzt haben wir die Chance dazu.

Zum Schluss

Natürlich gibt es über diese 12 Vorschläge hinaus eine ganze Reihe von weiteren Themen, wo es sich sehr lohnen würde, aktiv zu werden. Da sind etwa...

- Nutzung der letzten Ferienwoche als Vorbereitung der Lehrkräfte und der Schüler nach dem Vorbild Südtirols.
- Die übergreifende Nutzung von Räumlichkeiten im Bildungswesen.
- Das Schaffen von „Bildungshubs“ nach dem Kärntner Vorbild.
- Der Ausbau frühkindlicher, inklusiver Betreuung und Bildung.
- Eine Reform der Arbeitsmarktpolitik und der Pflege.
- Ein klarer und gesetzlich verankerter Pfad für den Ausstieg aus Öl und Gas in Bestandsgebäuden.
- Die Unterstützung von Unternehmen – speziell KMUs – bei der digitalen Transformation.
- Schnellere Abschreibungen als Investitionsanreize.
- Und vieles mehr...

Gehen wir es an!

Die Mitglieder

AMBROS-LECHNER Andreas
ANGELO Silvia
ANZENGRUBER Wolfgang
BADELT Christoph
BODMANN Alexander
DOMANY-FUNTAN Ulrike
EMBERGER Walter
ENNSER-JEDENASTIK Laurenz
ESSL Franz
FELBERMAYR Gabriel
GFRERER Beate
GLÜCK Heidi
GUWAK Kurt
HERLITSCHKA Sabine
KATZMAIR Harald
KOHLENBERGER Judith
KOPF Johannes
KOVAR Andreas
KOWALL Nikolaus
LANDAU Daniel
LOCKL Lothar
NEUMAYER Christoph
OSZTOVICS Walter
ROGENHOFER Katharina
SALCHER Andreas
SEYFRIEDSBERGER Robert
SOMMER-FEIN Lisa-Maria
SOMMER Roland
VOLLMANN Manuela
ZEGLOVITS Eva

Impressum:

MEHR GRIPS - 12 Chancen für Österreich

Herausgeber: MEHR GRIPS - Verein für eine sach- und vernunftorientierte Politik

Wien, im Juni 2025

Redaktion

Kurt Guwak

Grafik/ Layout:

Doris Elgert

Anmerkung:

Wir verzichten auf spezifische Gender-Zeichen.

Wir verwenden entweder beide Formen gleichzeitig oder abwechselnd.



MEHR GRIPS Verein für eine sach- und vernunftorientierte Politik
Reisnerstraße 27/5a
1030 Wien
ZVR: 1272860637
office@mehrgrips.at
www.mehrgrips.at